

Stadt Zürich Gemeinderat Parlamentsdienste Stadthausquai 17 Postfach, 8022 Zürich

Tel 044 412 31 10 Fax 044 412 31 12 gemeinderat@zuerich.ch www.gemeinderat-zuerich.ch

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 82. Ratssitzung vom 21. September 2011

1760. 2008/321

Postulat der CVP-Fraktion vom 02.07.2008: Sonderpädagogische Massnahmen, Abklärung und allfällige Stellenschaffungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Christian Traber (CVP) begründet namens der CVP-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3305/2008): Je früher mit der Therapierung eines Kindes begonnen werden kann, desto grösser sind die Heilungschancen. Dementsprechend fallen auch die Folgekosten tiefer aus. Die wichtigen Massnahmen sollten aus unserer Sicht früher eingeleitet werden können.

Fabienne Nicole Vocat (Grüne) begründet den von Daniel Leupi (Grüne) namens der Grüne-Fraktion am 3. September 2008 gestellten Ablehnungsantrag: Die Idee des Postulats ist gut, aber sie wurde nicht zu Ende gedacht. Es braucht nicht für jede sonderpädagogische Massnahme eine schulpsychologische Abklärung, sondern nur bei Uneinigkeit, Unklarheit und bei einer Sonderschulzuweisung. Die im Vorstoss genannten Wartezeiten sind völlig aus der Luft gegriffen und haben keine Grundlage. Die bestehende kantonal-rechtliche Grundlage verunmöglicht zudem eine Erfüllung des Vorstosses.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP) schliesst sich dem Votum von Fabienne Nicole Vocat (Grüne) an. Er könne nicht verstehen, weshalb der Stadtrat bereit sei, diesen Vorstoss entgegenzunehmen. Zudem nimmt er Bezug auf die Rolle der CVP in der Budgetdebatte, in der angekündigt wurde, dass Vorstösse, die zusätzliche Kosten verursachten, zurückgezogen würden.

Marc Hohl (FDP): Die langen Wartezeiten sind für die Betroffenen sicher sehr unbefriedigend. Die Forderungen des Postulats gehen der FDP aber zu weit. Auch mich erstaunt es, dass die CVP zusätzliche Stellen schaffen will. Das Problem muss in den Griff bekommen werden, aber nicht durch neue Stellen, sondern durch eine Reorganisation in der zuständigen Abteilung.

Isabel Garcia (GLP) stellt fest, dass die sonderpädagogischen Massnahmen in den letzten Jahren in allen Bereichen stark zugenommen haben. Ein Ende dieser Entwicklung sei leider nicht absehbar und die GLP sehe dies sehr kritisch. Die sonderpädagogischen Massnahmen seien zudem nicht nur teuer, sondern oft auch wirkungslos. Denn hinter dem unangepassten Verhalten der Kinder steckten oft erzieherische und/oder schulische



2/2

Defizite, die damit nicht behoben werden könnten. Dafür brauche es klare Standards, Lernziele und wenn nötig gezielten Förderunterricht. Daher lehne die GLP das Anliegen der CVP ab.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Das Postulat wird von uns unterstützt, da es lediglich die Verkürzung der Wartezeit bis zur schulpsychologischen Abklärung fordert. Nicht jedes Kind, das abgeklärt wird, erhält schliesslich auch eine Therapie. Ich hoffe, dass bei der nächsten Budgetdebatte mit der Unterstützung der CVP auch die entsprechenden Gelder dafür gesprochen werden.

Mauro Tuena (SVP) äussert sich nicht inhaltlich zum Vorstoss der CVP, sondern spricht in erster Linie die Versprechen der CVP im Rahmen der Budgetdebatte an. Denn das vorliegende Postulat könne sicher nicht kostenneutral umgesetzt werden.

Fabienne Nicole Vocat (Grüne) weist Marc Hohl (FDP) darauf hin, dass mit einer Reorganisation keine zusätzliche Therapiestunde angeboten werden könne. Zudem sei bekannt, dass das Angebot im sonderpädagogischen Bereich auch eine entsprechende Nachfrage generiere. Das sei bewiesen. Bis jetzt habe aber noch keine Studie die Wirksamkeit von sonderpädagogischen Massnahmen nachweisen können. Das Gegenteil sei aber auch nicht der Fall.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Gerold Lauber führt aus, dass Fabienne Nicole Vocat (Grüne) mit der rechtlichen Grundlage recht habe und dort kein allzu grosser Handlungsspielraum bestehe. Es sei aber richtig, dass beim schulpsychologischen Dienst Engpässe und dadurch Wartelisten bestünden. Wahrscheinlich sei dort eine temporäre personelle Verstärkung nötig. Dies werde aber im Rahmen der Budgetdebatte entschieden. Die Vorbehalte gegenüber den sonderpädagogischen Massnahmen könne er verstehen. Die Entscheidungsgrundlagen würden zurzeit erarbeitet und kämen ab 2013 zum Einsatz. Der Stadtrat sei aber bereit, das Postulat in Bezug auf den schulpsychologischen Dienst entgegenzunehmen.

Das Postulat wird mit 43 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats
Präsidium

Sekretariat